

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Innenpolitik

Nr. 263/11 vom 27. Juni 2011

Werner Kalinka: Kritik des Kinderschutzbundes unberechtigt

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Werner Kalinka, MdL, hat heute (27. Juni 2011) die Kritik des Kinderschutzbundes an den Vorschlägen der CDU zum Umgang mit jugendlichen Intensivtätern (Pressemitteilung des Kinderschutzbundes vom 23.06.2011) zurück gewiesen.

„Wenn schlicht unzutreffend behauptet wird, die CDU wolle Probleme durch Wegsperrern lösen, dann hat man offenbar unser Maßnahmenpapier nicht einmal gelesen. Ich halte es für bedenklich, in welcher Weise sich hier gerade der Kinderschutzbund in die Diskussion einschaltet“, erklärte Kalinka in Kiel.

Der Innenexperte verwies auf den Wortlaut des CDU-Eckpunktepapiers „Zehn Maßnahmen zu Prävention und Sanktionen bei jugendlichen Intensivtätern“. Dort heißt es unter der Überschrift „Möglichkeiten der geschlossenen Unterbringung als Chance verstehen – Reagieren können, wenn das Umfeld eine Besserung unmöglich macht“:

„Wenn einer Unterbringung ein umfassend angelegtes sozial-therapeutisches Betreuungskonzept zu Grunde liegt, hat dies nichts mit „Wegsperrern“ zu tun. Diese Maßnahme liegt zuvörderst im Interesse des Jugendlichen. Auch ein jugendlicher Intensivtäter, der die Tragweite seiner Taten nicht erkennt, hat ein Anrecht, möglichst schnell und ohne weiteren Schaden den Weg zu einem geregelten Leben zu finden. Dies entspricht auch dem Interesse und

Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft und der Opfer von Straftaten. [...] Um auch schwersten Fällen von Intensivtätern die Chance zu bieten, zu einer normalen Lebensperspektive zu kommen, müssen in Schleswig-Holstein die Möglichkeiten für eine geschlossene Unterbringung geschaffen werden – auch als letzte Chance zur Abwendung einer „richtigen“ Jugendhaftstrafe. Diese müssen mit einem geeigneten Betreuungskonzept hinterlegt sein.“

Kalinka abschließend: „Wir haben durchdachte und begründete Maßnahmen vorgeschlagen. Es ist bedauerlich, wenn die Diskussion darüber jetzt nicht mit Argumenten, sondern auf Basis alter Reflexe und Vorurteile geführt wird. Praktisch alle, die mit den härtesten Fällen jugendlicher Intensivtäter zu tun haben, haben uns in Anhörungen und Fachgesprächen dazu geraten, auch die Möglichkeiten für geschlossene sozial-therapeutische Betreuung zu schaffen. Demgegenüber bleibt der Kinderschutzbund einen konkreten Vorschlag schuldig.“